



Die militärische Intervention der Vereinigten Staaten in Venezuela zu Beginn des Jahres 2026 hat eine globale diplomatische Erschütterung ausgelöst. Während Washington den Einsatz mit dem Kampf gegen den internationalen Drogenhandel und der Anklage gegen Präsident Nicolás Maduro wegen Narco-Terrorismus rechtfertigt, tun sich europäische Regierungen – allen voran Paris – schwer, eine konsistente Linie zu finden. Der französische Präsident Emmanuel Macron sieht sich nun mit dem Vorwurf außenpolitischer Unentschlossenheit konfrontiert. In Reaktion darauf versucht er, über eine neue Initiative im Ukraine-Konflikt außenpolitisch Terrain zurückzugewinnen – und Frankreich als strategischen Akteur in Europa neu zu positionieren.

Diplomatische Turbulenzen nach der Operation „Absolute Resolve“

Die amerikanische Operation mit dem Codenamen „Absolute Resolve“, die zur Festnahme und Überstellung von Präsident Maduro auf US-amerikanischen Boden führte, hat nicht nur geopolitische Spannungen verschärft, sondern auch die Uneinigkeit unter westlichen Verbündeten offengelegt. Zahlreiche Staaten verurteilten das Vorgehen als völkerrechtswidrig und sahen darin eine Verletzung der Souveränität Venezuelas. Paris jedoch reagierte zögerlich: Macron erklärte, man nehme das Ende der „Diktatur Maduro“ zur Kenntnis – vermied es aber, das amerikanische Vorgehen klar zu bewerten.

Diese anfängliche Zurückhaltung wurde in Frankreich selbst vielfach als Ausdruck außenpolitischer Schwäche interpretiert. Kritiker sahen in Macrons Haltung eine opportunistische Annäherung an Washington, die Frankreichs Anspruch auf eine eigenständige Stimme in der internationalen Ordnung untergrabe. Erst im Nachgang bemühte sich die Regierung um Klarstellung. Paris betonte, die Methode der US-Operation sei weder abgesprochen noch unterstützt worden – verbunden mit einem Verweis auf die Gültigkeit des Völkerrechts.

Wachsende Sorge um die europäische Einflussnahme

Die Affäre kommt zu einem sensiblen Zeitpunkt. Nach vier Jahren Krieg in der Ukraine, dessen Frontlinien sich zunehmend verfestigt haben, ist die Frage nach der künftigen Sicherheitsarchitektur Europas aktueller denn je. Die Intervention in Venezuela wirft dabei auch ein Schlaglicht auf mögliche Verschiebungen im außenpolitischen Fokus der Vereinigten Staaten. In diplomatischen Kreisen wächst die Sorge, Washington könne künftig mehr Ressourcen auf Krisen außerhalb Europas konzentrieren – mit potenziell nachlassender Aufmerksamkeit für Osteuropa.



In diesem Kontext sieht Macron die Notwendigkeit, die Initiative auf dem Ukraine-Dossier wieder zu übernehmen. Bereits am 6. Januar lud er zu einem Treffen der sogenannten „Koalition der Willigen“ in den Élysée-Palast – ein informelles Format mit rund 35 Partnerstaaten. Ziel war es, über künftige Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu beraten – insbesondere mit Blick auf ein mögliches Waffenstillstandsabkommen. Im Zentrum stehen Überlegungen zur militärischen Absicherung, zur Überwachung eines künftigen Friedensprozesses sowie zur besseren Koordination europäischer Beiträge.

Der französische Präsident verfolgt dabei zwei strategische Linien: Einerseits will er die europäische Handlungsfähigkeit stärken, um im sicherheitspolitischen Gefüge nicht vollständig von den USA abhängig zu bleiben. Andererseits sendet er ein Signal an Washington, dass Europa bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und eigene sicherheitspolitische Konzepte zu entwickeln.

Zwischen transatlantischer Rücksichtnahme und strategischem Eigensinn

Macrons Ansatz zielt auf eine ausgewogene Re-Positionierung Frankreichs. Paris bemüht sich darum, sowohl der engen sicherheitspolitischen Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten gerecht zu werden als auch dem wachsenden Bedürfnis nach strategischer Autonomie innerhalb Europas Ausdruck zu verleihen. Die Ukraine bietet hierfür eine geeignete Bühne: Sie ist nicht nur zentrales Thema der europäischen Sicherheitsordnung, sondern auch ein Testfall für die Fähigkeit der EU, handlungsfähig und glaubwürdig aufzutreten – unabhängig von amerikanischen Prioritäten.

Im Élysée hofft man, dass die Kontroverse um Venezuela durch ein verstärktes Engagement im Ukraine-Konflikt überlagert werden kann. Es geht nicht zuletzt um symbolische Führung: Frankreich präsentiert sich als Architekt eines möglichen Nachkriegsrahmens, in dem europäische Interessen sichtbarer und eigenständiger vertreten werden.

Der Erfolg dieser Strategie wird davon abhängen, ob es Macron gelingt, nicht nur diplomatische Treffen zu inszenieren, sondern auch konkrete Ergebnisse zu erzielen. Die Herausforderung besteht darin, zwischen Solidarität mit den USA und europäischem Gestaltungsanspruch zu vermitteln – in einer geopolitischen Lage, die sich zunehmend multipolar und instabil zeigt.

Autor: Andreas M. Bruccker